

Antrag 102/I/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit auf Mieter*innen**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglie-
2 der der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich
3 dafür einzusetzen, die Betriebskostenverordnung (Be-
4 trKV) dahingehend zu ändern, dass die Grundsteuer künf-
5 tig nicht mehr auf die Miete umgelegt werden kann.

6
7 Der Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Berliner Ab-
8 geordnetenhaus wird*n aufgefordert, eine entsprechende
9 Bundesratsinitiative einzubringen.

10

Begründung

11
12 Die Grundsteuer wird von den Grundstückseigentü-
13 mer*innen erhoben, jedoch in der Regel als Teil der Be-
14 triebskosten auf die Mieter*innen umgelegt. Diese Be-
15 triebskosten sind neben den stark gestiegenen Angebots-
16 mieten ein erheblicher Kostenfaktor für Mieterhaushalte
17 in Deutschland und auch in Berlin. In den vergangenen
18 Jahren hat der kontinuierliche Anstieg der Mieten dazu
19 geführt, dass vielen Haushalten reale Kaufkraft verloren
20 gegangen ist.

21

22 Insbesondere in Berlin sind die Wohnkosten durch Ener-
23 giekrisen und Inflation massiv gestiegen – allein in den
24 letzten zehn Jahren um 30 Prozent. Die Betriebskosten ha-
25 ben sich zur „Zweitmiete“ entwickelt, was besonders in
26 Regionen mit ohnehin hoher Wohnraumknappheit und
27 steigenden Mieten problematisch ist.

28

29 Von einer intakten kommunalen Infrastruktur, die auch
30 durch die Grundsteuer finanziert wird, profitieren in ers-
31 ter Linie die Eigentümer*innen. Diese Infrastruktur trägt
32 nicht nur zur Werterhaltung und Wertsteigerung ihrer
33 Immobilien bei, sondern beeinflusst auch die möglichen
34 Mietpreise. Aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, dass
35 die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter*innen umge-
36 legt wird.

37

38 Durch die Änderung der Betriebskostenverordnung (Be-
39 trKV) wird die Umlagefähigkeit der Grundsteuer abge-
40 schafft und Millionen von Mieter*innen finanziell entlas-
41 tet. Die Maßnahme folgt dem Grundsatz „Eigentum ver-
42 pflichtet“ und stellt sicher, dass die Finanzierung der kom-
43 munalen Infrastruktur nicht einseitig zulasten der Mie-
44 ter*innen erfolgt. Dies ist ein wichtiger Schritt für eine ge-
45 rechtere Wohnkostenverteilung und eine nachhaltige so-
46 zialdemokratische Wohnungspolitik.

47